

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Die RAF und der linke Terrorismus

Anmerkungen zu ihrer Geschichte, ihrem soziologischen Profil und der Rolle des Protestantismus

Dr. Wolfgang Kraushaar

Ein Beitrag aus der Tagung:

Dreißig Jahre nach dem Deutschen Herbst

Bad Boll, 26. - 28. Oktober 2007, Tagungsnummer: 520707

Tagungsleitung: Kathinka Kaden

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2007 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll E-Mail: info@ev-akademie-boll.de Internet: www.ev-akademie-boll.de



Die RAF und der linke Terrorismus

Anmerkungen zu ihrer Geschichte, ihrem soziologischen Profil und der Rolle des Protestantismus

Dr. Wolfgang Kraushaar

Dreißig Jahre nach dem "Deutschen Herbst" und ein knappes Jahrzehnt nach ihrer Auflösung ist die Rote Armee Fraktion (RAF) in medialer Hinsicht so präsent, daß man fast den Eindruck gewinnen könnte, sie und nicht Al Qaida müßte es sein, von der beinahe Tag für Tag neue Schreckensmeldungen zu berichten sind. Bereits seit Monaten tritt einem die RAF in allen Gazetten und auf allen Kanälen entgegen. Ihr Logo mit der quer über einen fünfzackigen Stern montierten Maschinenpistole ist omnipräsent; es ist auf auf Buchtiteln, Theater- und Filmplakaten, auf Fotostrecken in Boulevardblättern, Illustrierten und Magazinen zu sehen. Längst ist es ebenso bekannt wie das Emblem eines erfolgreichen Markenprodukts. Handelt es sich hier eher um ein Medienspektakel als um ein Kapitel der Zeitgeschichte, die Verselbständigung einer einstmals realen Bedrohung zu einer effekthascherischen Räuberpistole? Die berühmt-berüchtigte Gangsterballade Bonnie & Clyde nun als nicht enden wollende Fortsetzungsserie Baader & Meinhof nachinszeniert?

An den Anzeichen für einen regelrechten Hype, den die RAF ein ums andere Mal erzeugt, mangelt es jedenfalls nicht. Die Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek hat mittlerweile ein eigenes Stück verfaßt, das in der letzten Saison unter dem Titel "Ulrike Marie Stuart" am Hamburger Thalia-Theater uraufgeführt wurde und schon bald darauf zum Publikumsrenner geworden ist, *Stefan Aust*, der Chefredakteur des *Spiegel*, hat kürzlich das Drehbuch für die Verfilmung seines Longsellers "Der Baader Meinhof Komplex" abgeschlossen, die Dreharbeiten mit Moritz Bleibtreu und Martina Gedeck in den Hauptrollen haben inzwischen begonnen, und erst vor zwei Wochen hat Harald Schmidt, als wollte er dieses Kapitel nun endgültig ad absurdum führen, im Stuttgarter Schauspielhaus mit dem Argument, daß man nur so die RAF verstehen könne, Adolf Hitler von Andreas Baader aus Melvilles Roman "Moby Dick" vorlesen lassen. Kein Zweifel, die RAF ist kulturell betrachtet omnipräsent. Zugleich ist sie aber auch, was für manche erschreckend, andere hingegen jedoch entlastend sein dürfte, kabarettreif geworden.

Die Frage, warum es eine vergleichsweise kleine Untergrundorganisation wie die RAF vermocht hat, über ein Vierteljahrhundert Polizei und Justiz in Atem gehalten und die Öffentlichkeit, insbesondere die Eliten in Politik, Wirtschaft und Finanzen, in Aufregung, ja in Angst und Schrecken zu setzen, ist noch immer nicht einfach zu beantworten. Wie konnte das angesichts ihrer Isolation, ihrer mangelnden sozialen Basis überhaupt geschehen? Resultierte ihre Wirkung nicht damals schon vor allem aus Aufgeregtheit und Überreaktion, war sie nicht am ehesten das Phänomen einer seinerzeit weit verbreiteten Hysterie?

Zunächst einmal war es keineswegs selbstverständlich. die Akteure der RAF als Mitglieder einer terroristischen Organisation einzuordnen. In der Presse war von ihnen – ganz nach politischer Couleur – zunächst entweder als "Baader-Meinhof-Gruppe" oder als "Baader-Meinhof-Bande" die Rede. Und auf den ersten Fahndungsplakaten des Bundeskriminalamtes wurden sie als "An-



archistische Gewalttäter" bezeichnet. In dieser Bezeichnung schwang immer noch ein Moment mit, das deren Handeln einen gewissen Rest an fehlgeleitetem Idealismus meinte unterstellen zu können.

Das war im übrigen schon der Tenor bei der Verurteilung der Warenhausbrandstifter, zu denen mit Andreas Baader der Anführer und seiner Gefährtin Gudrun Ensslin eine weitere Schlüsselfigur der späteren RAF gehörten, im Oktober 1968 gewesen. Das Frankfurter Landgericht hatte sie einerseits zwar wegen menschengefährdender Brandstiftung zu jeweils drei Jahren Zuchthaus verurteilt, andererseits aber in seiner Urteilsbegründung darauf hingewiesen, daß die Angeklagten "keine kriminellen Typen im üblichen Sinne" seien und ihnen deshalb – insbesondere wegen ihrer Bezugnahme auf den Vietnamkrieg – "ideelle Motive nicht abgesprochen" werden könnten. So zerstörerisch der Anarchismus mit seinen Attentaten und Bombenanschlägen einerseits auch sein mochte, er unterschied sich mit seinem programmatischen Eintreten für Freiheit und Herrschaftskritik andererseits vom blanken Terrorismus. Doch schon bald nachdem die ersten Mordtaten der RAF – wie die Erschießung des Hamburger Polizeimeisters Norbert Schmidt im Oktober 1971 – verübt worden waren, schienen derartige Spurenelemente eines Selbstverständnisses aufgezehrt zu sein.

Im Fall der RAF läßt sich zeigen, warum sich eine Gruppierung, die – wenn man einmal von Horst Mahlers Selbstverständnis absieht – selbst nicht als terroristisch klassifiziert werden wollte, in kürzester Zeit in einer Dynamik verfing, die sie mehr oder weniger zwangsläufig zu einer terroristischen Organisation hat werden lassen. Nachdem sich gezeigt hatte, daß ihre Bombenanschläge politisch folgenlos geblieben waren – ihr Adressat, im weitesten Sinne die lohnabhängige Bevölkerung, hatte sich der selbsternannten Guerilla hartnäckig verweigerte – sahen sich ihre Akteure mehr und mehr auf sich selbst zurückgeworfen. Aus der angeblichen Guerilla wurde zunehmend eine Frage der Identität und aus dem Anspruch, den Staat stürzen und die Gesellschaft umwälzen zu wollen, eine selbstbezügliche, wenn nicht gar autistische Form der Identitätspolitik.

Die Entstehung der RAF wäre undenkbar ohne die ebenso kurze wie dynamische Geschichte der 68er-Bewegung. Ihre Gründer stammten zumindest aus dem Umfeld der damaligen Protestbewegung. Die RAF war vor allem, obgleich nicht nur, ein Produkt ihrer Zerfalls- und Transformationsgeschichte. Dabei ging es in zentraler Hinsicht um eine rasch zunehmende Eskalation und schließlich um eine Neuformierung von Gewalt. Militante Demonstrationen entwickelten eine außerordentliche Suggestivkraft. Der Einsatz gewaltsamer Mittel wurde von Dutschke und anderen mit einem angeblich konstitutiven Zusammenhang von Aufklärung und Aktion begründet. Indem Gesellschaftsverhältnisse als latente Gewaltverhältnisse begriffen wurden, schien es politisch nur noch darauf anzukommen, deren Latenz durch militante Aktionen manifest und offenkundig zu machen. Die anfangs häufiger strapazierte Unterscheidung zwischen "Gewalt gegen Sachen" und "Gewalt gegen Personen" erwies sich jedoch rasch als ein untauglicher Versuch, Formen der Gewaltanwendung zu beschränken.

Die RAF, die insofern als ein illegitimes Kind der 68er-Bewegung bezeichnet werden kann, hielt sich mit derartigen Unterscheidungen bekanntlich nicht lange auf. Ulrike Meinhof stellte im Frühsommer 1970 bereits nach wenigen Tagen im Untergrund klar, daß für sie die bewaffneten Vertreter der Staatsmacht "Schweine" seien, auf die im Ernstfall geschossen werden könne. Durch diese Feinderklärung war die Front abgesteckt. Die RAF erklärte bald darauf dem bundesdeutschen Staat den Krieg. Indem sie das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellte, verwarf sie zugleich die Voraussetzungen des Rechtsstaates.



Da sich die RAF zum Ziel gesetzt hatte, den bundesdeutschen Staat zu stürzen und an seine Stelle ein kommunistisches Regime zu setzen, machte sie diesem die Legitimität in der Verfügung seiner Gewaltmittel streitig. Ihr Angriff richtete sich im Kern gegen das Gewaltmonopol des Verfassungsstaates. Sie stellte unter Verweis auf personelle wie institutionelle Kontinuitäten zum NS-Regime dessen Legitimität in Abrede. Damit wurde in der Bundesrepublik erstmals nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wieder von einer politischen Gruppierung der Krieg erklärt, dieses Mal allerdings nicht nach außen gegen ein anderes Land gerichtet, sondern nach innen gegen den eigenen Staat und dessen Institutionen. Die terroristische Herausforderung war eine politische, die auf die Legitimität des Verfassungsstaates abzielte.

Gleichwohl erscheint in diesem Zusammenhang die Frage nicht ganz unberechtigt, ob es sich bei der RAF nicht eher um ein sozialpsychologisches als um ein politisches Phänomen gehandelt habe. Wenn als Kriterium zur Beantwortung etwa eine Charakterisierung der Anschlagsziele (bei denen Entführungen, Attentate und sonstige Aktionen miteinzubeziehen sind) gewählt würde, dann fiele das Ergebnis jedenfalls eindeutig aus. Denn die Mehrzahl der zwischen 1970 und 1998 verfolgten Aktionsziele war selbstreferentiell, d.h. sie bezogen sich entweder auf die Verbesserung der eigenen Logistik (Geldbeschaffung durch Banküberfälle, Fahrzeugdiebstahl etc.) oder aber auf die Freipressung von RAF-Häftlingen. Nur selten sind Ziele verfolgt worden, die über sie hinauswiesen. Erst in zweiter Hinsicht folgten Zielsetzungen, die bei allem darin zum Ausdruck gebrachten Zerstörungswillen als politische – wie etwa die Anschlagsserie im Mai 1972 auf Einrichtungen der US-Armee, des Axel-Springer-Verlags und der Justiz – deklariert werden konnten. Die mit Emphase vertretenen revolutionären Absichten lösten sich insgesamt jedoch in wolkigen Kommandoerklärungen auf. Was blieb, war kaum etwas anderes als der Nebel einer Chimäre. Das Modell einer aus Lateinamerika übernommenen Stadtguerilla blieb hierzulande ein Hirngespinst. Real war vor allem der Schrecken, der von ihr und den von ihr verübten Aktionen ausging.

Wie sieht das soziologische Profil aus, mit dem sich die Mitglieder der RAF charakterisieren lassen? Die gründlichste sozialwissenschaftliche Untersuchung, die es zum bundesdeutschen Terrorismus gibt, ist immer noch jene, die das Bundesinnenministerium 1978 im Anschluß an die Schleyer-Entführung in Auftrag gegeben hat. Damals waren in einer Datenerhebung 250 Personen erfaßt worden, von denen mit 227 die weitaus meisten aus linksextremen terroristischen Gruppierungen stammten. Das Bild, das sich dabei hinsichtlich der sozialen Herkunft des Linksterrorismus ergab, war ganz unmißverständlich. Eines der Resultate bestand in einem "untypisch hohen Herkunftsniveau der Terroristen". Die Väter von 47 Prozent der Terroristen kamen im Gegensatz zu 12 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt aus gehobenen Berufen. Im Hinblick auf die Geschlechtszugehörigkeit fiel dieses Ergebnis noch krasser aus: Während rund 40 Prozent der Terroristen aus solchen Berufskreisen stammten, waren es sogar 60 Prozent der Terroristinnen. Hinzu kam im linken Terrorismus "ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau". Im Gegensatz zu 19 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt hatten 47 Prozent aller Terroristen Abitur und eine Hochschule oder Universität besucht. Zwar lautete das Ergebnis nicht pauschal, Terroristen kämen aus dem Bildungsbürgertum, jedoch kämen sie, wie es in abgemilderter Form hieß, aus "besonders bildungsbeflissenen Familien". Das Ergebnis war dabei von einem markanten Widerspruch geprägt: Einerseits handelte es sich um Kinder überdurchschnittlich ehrgeiziger Eltern, andererseits aber waren die von ihnen unternommenen Bildungsanstrengungen zumeist gescheitert. Der Prozentsatz an Studienabbrechern war außergewöhnlich hoch. Dem Anschluß an eine politische Gruppe, hieß es zur Erklärung, war offenbar der Vorzug gegenüber einem Studienabschluß gegeben worden.



Die RAF ist also nicht einfach als ein Randphänomen der damaligen Gesellschaft abzutun. Sie ist aus der Mitte der Gesellschaft, genauer aus ihren gehobeneren Teilen, gekommen. Die unbestreitbare Tatsache, daß sich ihre Kader die technische und sonst nötige Unterstützung aus Randgruppen bzw. Unterschichten holte, steht dazu in keinem Widerspruch. Es waren vornehmlich die Kinder von Architekten, Ärzten, Pastoren, Richtern, Sparkassendirektoren, Universitätsprofessoren und anderen angesehenen Berufsgruppen, die in ihren Biographien einen Bruch von existenzieller Schärfe vollzogen und sich nicht davon abhalten ließen, die Waffe in die Hand nahmen.

Die meisten ihrer Akteure entstammten Elternhäuser angesehener Berufsgruppen, waren überdurchschnittlich qualifiziert und vertraten Wertansprüche, die hochmoralisch aufgeladen waren. Mit Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Horst Mahler galten allein drei aus ihrem Gründerquartett als hochbegabt und bezogen entsprechende Stipendien der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Dieser Ausbruch der Bürgersöhne und -töchter aus den ihnen vorgegebenen Lebensentwürfen und Karrierebahnen läßt sich allerdings nur aus einer fundamentalen Mißtrauenserklärung gegenüber Staat und Gesellschaft begreifen. Noch in ihren abgründigsten Merkmalen, ihrer Unerbittlichkeit, ihrer Zerstörungswut und ihrem Haß, spiegelt sich etwas von den gesellschaftlichen Widersprüchen, die damals die jüngere Generation in der Bundesrepublik geprägt haben.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre hatte sich in Teilen der Jugend offenbar eine tiefgreifende Erosion bürgerlicher Werte und Normen vollzogen. Angesichts der Unfähigkeit, Antworten auf die nur unzureichend aufgedeckte NS-Vergangenheit und die als schockierend empfundene Gegenwärtigkeit des Vietnamkrieges zu geben, war in der Bundesrepublik eine Glaubwürdigkeitskrise entstanden. Eine der Reaktionen darauf war die Herausbildung unterschiedlich extremistischer Haltungen, die auf der einen Seite den Parlamentarismus und andere demokratische Institutionen unter Generalverdacht stellten und auf der anderen Seite als Antwort totalitarismusverdächtige Politikmodelle favorisierten.

Der Radikalisierung, die die entlaufenen Kinder der Bourgeoisie an den Tag legten, fehlte es jedoch an der entsprechenden Resonanz. Gewiß, in den Universitätsstädten existierten ein paar tausend Sympathisanten und mehrere hundert Unterstützer, die von ihren Taten fasziniert waren. Es gab jedoch keinerlei Ansatz zu einer sozialen Bewegung, als deren verlängerter Arm sich die RAF hätte begreifen können. Dafür war ihre Isolation zu groß. Politisch galt sie von Anfang an als kreditunwürdig. Der Gang in den Untergrund war zugleich auch eine Flucht vor der Legitimationsunfähigkeit ihrer Aktionen in der linken Öffentlichkeit. Erst nachdem ihre Kerngruppe inhaftiert war, gelang es ihr stärker, in akademischen, kirchlichen und intellektuellen Kreisen eine Art Mitleidsbonus zu aktivieren. Mit Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen inszenierte sie sich in einer Opferrolle, die bei nicht wenigen, darunter namhaften Intellektuellen, das sprichwörtlich schlechte Gewissen weckte. Politisch betrachtet liefen die meisten der unter dem Stichwort Solidarität in Gang gebrachten Aktivitäten jedoch auf Ersatzhandlungen hinaus, die die Mißerfolge in dem von so vielen Grüppchen apostrophierten Klassenkampf kompensieren sollten.

Aus dem Terrorismus der RAF entstand keine sozialdynamische Kraft. Deshalb ist er einerseits auch – von einigen indirekten Wirkungen wie Gesetzesänderungen und Ausweitungen des Sicherheitsapparates einmal abgesehen – politisch folgenlos geblieben. Andererseits aber war die RAF vermutlich der Katalysator, der seinerzeit die außerparlamentarische Linke zur Aufgabe ihrer klassenkämpferischen Imperative zwang und sie schließlich in der Folge des sogenannten Deutschen Herbstes mehr und mehr zur Akzeptanz rechtsstaatlicher Normen führte. Es scheint jedenfalls alles andere als Zufall gewesen zu sein, daß mit dem 1977 offenbar gewordenen Scheitern der radikalen



Linken zugleich ein Transformationsprozeß einsetzte, der in der Folge zur Gründung einer neuen Partei, der Partei der Grünen, geführt hat und damit eine zusätzliche parlamentarische Kraft zum Resultat hatte.

Lassen Sie mich auf einen Punkt etwas ausführlicher eingehen, der in gewisser Weise mit dem genius loci zu tun hat. Immer wieder haben Veranstaltungen in Evangelischen Akademien in der Öffentlichkeit für besondere Aufmerksamkeit gesorgt. Doch kaum eine besaß eine solche Signalwirkung wie jene, die im Februar 1968 hier in den Räumen der Evangelischen Akademie Bad Boll stattgefunden hat.

Unter der Leitung von Pfarrer Klaus Reblin wurde über das Thema "Novus ordo saecolorum oder Das Problem der Revolution in Deutschland" debattiert. Die Tagung stand unter dem von dem Tübinger Philosophen Ernst Bloch verfaßten Motto: "Auf tausend Kriege kommen nicht zehn Revolutionen; so schwer ist der aufrechte Gang. Und selbst, wo sie gelungen waren, zeigten sich in der Regel die Bedrücker mehr ausgewechselt als abgeschafft." Den Höhepunkt der Tagung stellte damals eine Podiumsdiskussion dar, an der neben dem 82jährigen Bloch auch der spätere Bundesinnenminister Werner Maihofer und Rudi Dutschke teilnahmen. Am Ende der Debatte, die in den Medien auf ein außerordentlich großes Echo stieß, dankte Bloch dem von der Presse als "Studentenführer" apostrophierten SDS-Sprecher für dessen aufklärende Worte, die zur Zerstörung weitverbreiteter Klischees beigetragen hätten. Auch wenn vieles in der jungen Opposition noch unausgegoren und unfertig wirke, so sei in der "revolutionären Bewegung" doch eine "gemeinsame Richtung" zu erkennen, die als Invariante in den Ketzerbewegungen, den Bauernkriegen, der Französischen Revolution und bei Rosa Luxemburg auftauche – "das Humanum". Auf Dutschke gemünzt, erklärte Bloch, beim Zuhören habe man das Gefühl, hier spreche "ein Mensch zu uns". Anschließend schüttelte er dem jungen Mann demonstrativ die Hand und lud ihn zu einem Besuch ein. Dreißig Jahre später ist übrigens in Erinnerung an diesen denkwürdigen Moment hier am gleichen Ort eine Jubiläumsveranstaltung mit Dutschkes früherem Freund und Gefährten Bernd Rabehl durchgeführt worden.

Die Entstehung der 68er-Bewegung wäre undenkbar ohne die vorwiegend protestantisch geprägte Moralität ihrer Akteure. Es waren vor allem zwei zentrale Komplexe, die sich am Ende der sechziger Jahre historisch und politisch miteinander verzahnten und an denen sich die Empörung, zunächst von Studenten, dann weiter um sich greifend immer mehr Angehörigen der jungen Generation, entzündete – die damals noch weitgehend unaufgearbeitete NS-Vergangenheit und das Schweigen der politischen Klasse gegenüber den von der ehemaligen Besatzungsmacht USA im Vietnamkrieg begangenen Verbrechen. Diese sich ausbreitende Glaubwürdigkeitskrise, deren Artikulation vor allem durch säkularisierte Formen des Protestantismus bestimmt gewesen ist, war der Nährboden für weitreichende Infragestellungen von Erziehung, Bildung, Justiz, Wirtschaft- und Pressepolitik, einer offenbar unzulänglichen Legitimität verschiedener Institutionen, aber auch der parlamentarischen Demokratie insgesamt gewesen.

Wie grenzenlos dabei die Identifikation mit den Opfern ausfallen konnte, verriet sich in Dutschkes mit heroischem Pathos vorgetragenen Ansprache auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß im Februar 1968 in West-Berlin. Um die Notwendigkeit sofortigen Handelns unter Beweis zu stellen, erklärte er: "Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit. In Vietnam werden auch wir tagtäglich zerschlagen und das ist nicht ein Bild und keine Phrase. [...] Wir haben eine historisch offene Möglichkeit. Es hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte enden wird." Der Imperialismus war ihm kein abstraktes System. Dessen Globalität führte ihn dazu, daß er die An-



griffe der US-Armee auf die vietnamesische Zivilbevölkerung zugleich auch als Angriffe auf sich selbst verstand. Von dieser Unmittelbarkeit der Empathie, der Ineinssetzung mit den geschundenen Opfern und deren Leiden, glaubte er sich leiten lassen zu müssen.

Das verband ihn im übrigen mit Ulrike Meinhof. Auch sie ging in ihrer Identifikation mit den Opfern des Vietnamkriegs vollständig auf, setzte sich zuweilen an ihre Stelle, und vollzog mit und in der RAF, wie das im Nachhinein beschrieben hat, so etwas wie einen "moralischen Amoklauf". Mahler hat das später am Beispiel gemeinsam gesehener Fernsehnachrichten geschildert: "Wir haben an ihr erlebt, wenn sie vor dem Fernseher gesessen hat, sich die Frontberichte aus Vietnam, die täglich kamen, anschaute, sah die wie eine Strecke erlegter Hasen zum Zählen aufgereihten erschlagenen vietnamesischen Bauern. Sie konnte das nicht ertragen. Vor Wut heulend sprang sie auf und schrie: 'Das können sie mit mir nicht machen. Ich sitze in einem weichen Sessel und soll mir das ansehen! Die machen mich fertig!' Das wurde bei ihr zum Impuls, irgend etwas dagegen zu unternehmen. Irgendwas, das nicht verschwiegen werden konnte. Es mochte noch so aussichtslos sein. Wenigstens wollte sie – wie sie das in einer konkret-Kolumne formuliert hatte – dem Lieben Gott Bescheid sagen, daß sie dagegen sei. Das war ein durch und durch existenzialistischer Einstieg in den bewaffneten Kampf."

Die meisten Gallionsfiguren der 68er-Bewegung waren protestantisch sozialisiert. Auch Benno Ohnesorg, dessen Name zum tragischen Startsignal der Bewegung wurde, war Protestant und Mitglied in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG). Es konnte kaum Zufall sein, daß zentrale Akteure der 68er-Bewegung dem linksprotestantischen Milieu entstammten und auf das engste mit Vertretern der Bekennenden Kirche, aus der sich in den fünfziger Jahren die Opposition gegen die Regierung Adenauer maßgeblich gespeist hatte, sowie den von ihnen beeinflußten Studentengemeinden verbunden waren. Unter ihren Mentoren waren herausragende Theologen wie etwa Helmut Gollwitzer, Martin Niemöller und Kurt Scharf, die anfangs die meisten Zielsetzungen der protestierenden Studenten unterstützten, jedoch schon bald eindringlich vor den sich im Gestus Lutherscher Unbedingtheit ausbreitenden Gewaltanwendungen warnten und dann später in Konfliktsituationen – wie Heinrich Albertz etwa während der Lorenz-Entführung – bereit waren, die Rolle von Vermittlern wahrzunehmen.

Noch zugespitzter als im Rahmen der 68er-Bewegung ist das Phänomen des Protestantismus dann in der RAF in Erscheinung getreten. Die Untergrundgruppe war von drei protestantisch und einem katholisch sozialisierten Apologeten des bewaffneten Kampfes gegründet worden. In diesem Quartett trat die protestantische Prägung bei den beiden Frauen, von denen ja eine bekanntlich aus einem evangelischen Pfarrhaus stammte, am deutlichsten hervor. Und die Rolle des bald dominierenden Andreas Baader unterschied sich davon auf markante Weise: Sie war weder weltanschaulich noch moralisch, sondern eher habituell geprägt.

Pastor Helmut Ensslin äußerte etwa einem Fernsehreporter gegenüber Verständnis für die spektakuläre Brandstiftung, die seine Tochter Gudrun im April 1968 zusammen mit Baader und zwei anderen in zwei Frankfurter Kaufhäusern begangen hatte: "Für mich ist erstaunlich gewesen, daß Gudrun, die immer sehr rational und klug überlegt hat, fast den Zustand einer euphorischen Selbstverwirklichung erlebte, einer ganz heiligen Selbstverwirklichung, so wie geredet wird vom heiligen Menschentum. Das ist für mich das größere Fanal als die Brandlegung selbst, daß ein Menschenkind, um zu einer Selbstverwirklichung zu kommen, über solche Taten hinweggeht." Ein "Fanal", deren Urheber später von einem Gericht wegen menschengefährdender Brandstiftung zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt werden sollten, wurden von einem der Väter, einem Mann der Be-



kennenden Kirche, als Akt "heiliger Selbstverwirklichung" bezeichnet! Ein "Menschenkind", wie er seine Tochter bezeichnete, habe sich damit selbst verwirklichen wollen!

In der bereits erwähnten sozialwissenschaftlichen Untersuchung des Bundesinnenministeriums ging es auch um die Rolle religiöser Überzeugungen. Mehr als zwei Drittel, genau 68 Prozent, linker Terroristen waren danach in einem evangelischen Milieu aufgewachsen und nur 26 Prozent in einem katholischen. Dieses Verhältnis wich einerseits von den für diese Geburtsjahrgänge maßgeblichen Zahlen von 46:44 Prozent gravierend ab, stimmte andererseits aber mit der erwähnten Verteilung innerhalb des RAF-Gründerquartetts ungefähr überein. Der Soziologe Gerhard Schmidtchen sprach gar von einer "religiösen Desozialisation" der RAF-Mitglieder und gelangte zu dem Schluß: "Ein religiös inhaltsleer gewordener Protestantismus ist das formale Erziehungsgefäß für Ideologien und politische Überzeugungstäter." Dabei spielte seiner Ansicht nach die Figur eines absoluten Bewußtseins eine verhängnisvolle Rolle. Man habe es bei der RAF mit der Transformation eines religiösen in einen politischen Absolutheitsanspruch zu tun. Wenn sich die "Mission mit dem Wort" als unwirksam erwiesen habe, dann sei für die Betreffenden nur noch eine Alternative in Frage gekommen: "Entweder die Resignation oder die Mission mit der Waffe". An die Stelle der "Wortmission" sei die Mission der Tat getreten. Diese Konsequenz wollte Schmidtchen allerdings nicht für den Protestantismus in seiner Gänze gelten lassen, sondern nur für dessen mystische Komponente.

Doch auch diese Einschränkung ändert nichts daran, daß in der Auseinandersetzung über die RAF die protestantische Dimension auf keinen Fall ausgespart bleiben darf. Bereits für den Anthropologen und Soziologen Hellmuth Plessner galt der Protestantismus als "Religion der Konzessionslosigkeit", weil jeder Mensch unmittelbar zu Gott sei und insofern einen "Bruch mit der Wirklichkeit" darstelle. In seiner 1924 erschienenen Radikalismus-Kritik "Grenzen der Gemeinschaft" hatte er das Christentum der Evangelien als Wurzel für den deutschen Radikalismus herausgearbeitet. Dreißig Jahre nach dem "Deutschen Herbst" sollte eine solche Dimension in die öffentliche Debatte mitaufgenommen werden – allerdings ohne jene Schuldzuweisungen der damaligen Boulevardpresse, in deren Karikaturen Pastoren mit Maschinenpistolen auf ihren Kanzeln zu sehen waren.

Die RAF war eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der alten Bundesrepublik. Weder zuvor noch danach hat es eine andere Gruppierung gegeben, die so zielgerichtet den Sturz der politischen Ordnung verfolgt hat. Das sieht mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt im übrigen auch jener Mann so, der in der Hochphase der RAF mit seinen Entscheidungen die größte Verantwortung getragen hat. Die Geschichte der RAF hat gezeigt, wie wenige zu allem entschlossene Terroristen ausreichen, um einen Staat im übertragenen Sinne nervös werden zu lassen; sie zeigt aber auch, daß die parlamentarische Demokratie stark genug gewesen ist, dieser Herausforderung Stand zu halten.

Wer den bundesdeutschen Staat in seinem heutigen Selbstverständnis begreifen will, der kommt nicht umhin, sich mit jener 44 Tage andauernden Zeitspanne näher zu befassen, die zwischen der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, die am 5. September 1977 mit der Ermordung seiner fünf Begleiter begonnen und am 19. Oktober mit der Ermordung des Entführten geendet hatte und die von zahlreichen Kommentatoren als eine Krise des Rechtsstaates bezeichnet worden ist. Die damalige Mobilisierung von Abwehrkräften gegenüber der terroristischen Bedrohung, die dazu tendierte, die Grenzen des Rechtsstaates auszudehnen, ist im positiven wie im negativen ein Lehrstück für künftige Gefährdungen. Wann auch immer seit dem 11. September 2001 hierzulande von terroristischer Gefahrenabwehr die Rede gewesen ist, dann war der erste dabei zu Rate gezogene Vergleichsmaßstab die vor drei Jahrzehnten praktizierte Sicherheitspolitik.



Die Frage, die während der Schleyer-Entführung im Zentrum der von den politischen Entscheidungsträgern angestrengten Überlegungen stand, ist auch heute noch überaus aktuell. Sie lautet: Darf sich ein Rechtsstaat erpressen lassen? In einem früheren Fall, der Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz im Februar 1975 war den Forderungen der Geiselnehmer nachgegeben worden, um den Preis, daß die auf diesem Wege Freigepreßten in den Untergrund zurückkehrten und erneut schwere Straftaten begingen, in einem anderen Fall, der Geiselnahme in der bundesdeutschen Botschaft in Stockholm im April 1975, war nicht nachgegeben worden, was zwei Todesopfer unter den Botschaftsangehörigen und zwei in den Reihen der Täter zur Folge hatte. An diesen Erfahrungen gemessen war die im Falle der Schleyer-Entführung vom ersten Moment an entschiedene Haltung der Bundesregierung unter Bundeskanzler Schmidt, sich auf einen Austausch von Häftlingen unter keinen Umständen einzulassen, mit erheblichen Risiken verknüpft, die zudem durch die Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu auf ein Vielfaches angewachsen war. Jedesmal wenn heute, wie dies zuletzt in Afghanistan mehrfach geschehen ist, ein deutscher Staatsbürger entführt wird, um damit die Bundesregierung zu erpressen, dann sind mit einem Schlag dieselben Fragen und Probleme aktuell, die in den 1970er Jahren bereits auf ihrer Vorgängerin gelastet haben.

Der von der RAF so wortstark beschworene "bewaffnete Kampf" war die Absage gegenüber der Politik. Ingesamt kann Terrorismus als Anti-Politik charakterisiert werden, als die Ersetzung des Politischen durch Formen extremer Gewaltausübung. Ihm mangelt es an allen wesentlichen Elementen, die politisches Handeln in Demokratien auszeichnen: Öffentlichkeit, Gewaltenteilung, Kompromißfähigkeit und anderes mehr. An der terroristischen Herausforderung läßt sich insofern ex negativo ablesen, was für eine parlamentarische Demokratie elementar ist.